Bürgerinitiative
Fracking freies Hessen

Hr. Steindamm
Motzstr. 5
34117 Kassel
Deutschland

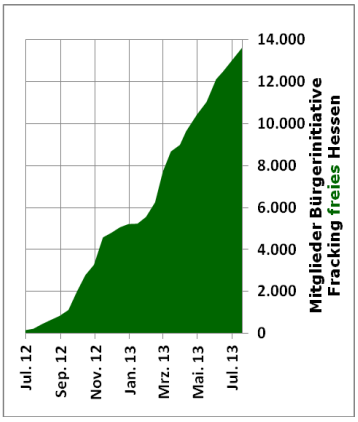
Email: stop-fracking@gmx.de
Internet: http://www.frackingfreieshessen.de/

Bankverbindung:
Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie
Stichwort „Fracking freies Hessen“
Kto. 1196117
BLZ 52050353
Kasseler Sparkasse

Bürgerinitiative Fracking freies Hessen - Hr. Steindamm - Motzstr. 5 - 34117 Kassel

Bündnis 90/Die Grünen

Projekt	Ansprechpartner	Unser Zeichen	Datum
Fracking	Henner Gröschner	H.G.	23.07.2013



„Deutschland ist erneuerbar“ - Tour der Spitzenkandidaten von

Bündnis 90/Die Grünen Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin

Sehr geehrte Frau Göring-Eckardt, sehr geehrter Herr Trittin,

für Ihre Wahlkampf-Tour haben Sie ein sehr sympathisches Motto gewählt, dessen Aussage wir mit großem Engagement vertreten.
Eigentlich wären wir damit natürliche Verbündete. Leider haben wir an vielen Stellen Anlass, an der konsequenten Haltung von Bündnis 90/Die Grünen in dieser Frage zu zweifeln.

Mit diesem Brief möchten wir die kritischen Punkte ansprechen und hoffen, dass es vor der Wahl noch zu einer Annäherung unserer Positionen kommt.

Sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch wir wenden uns gegen Fracking. Wir fordern ein Fracking-Verbot (auch für „Green“-Fracking), keine Forschungsmittel und, ein generelles Import- und Handelsverbot von gefrackten fossilen Energieträgern.

Im Bundestagsantrag der Grünen heißt es:
Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung weiter auf:
Verstärkte Fortführung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zur Langzeitsicherheit der Zementierung in Bohrlöchern, zur Entwicklung besserer Prognosetechniken der durch Fracking verursachten Rissweiten und -längen sowie zur Entwicklung von Frack-Fluiden mit geringem Gefährdungspotenzial. Die Anwendung der Forschungsergebnisse im praktischen Einsatz sollte wissenschaftlich begleitet werden.

Die Grünen wollen also Forschungsgelder aus Steuermitteln in eine Technik investieren,

- die Gas fördert, das drei- bis fünfzehnmal so klimaschädlich ist wie konventionelles Gas,
- die das Zeitalter fossiler Energieträger verlängert und damit das „Deutschland-ist-erneuerbar-Motto“ konterkariert,
- die auch beim „Green“ Fracking Risiken für Trinkwasser und Umwelt durch das Tiefenwasser schafft,
- die mit drastischer Landschaftszerstörung einhergeht,
- deren Begleitschäden wieder die Allgemeinheit trägt,

- die zu keiner Verbilligung der Energiekosten führen würde,
- die zur Energiesicherheit keinen maßgeblichen Beitrag leisten kann,
- die nur gegen den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung durchsetzbar ist,
- zu der der Sachverständigenrat Umwelt sagt, *„Es besteht insofern kein besonderes übergeordnetes öffentliches Interesse an der Erschließung dieses Energieträgers, möglicherweise aber ein betriebswirtschaftliches Interesse der Industrie".*

Die Grünen erklären in ihrem Wahlprogramm:

„..... die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien („Fracking") lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Giftige Lagerstättenwasser dürfen nicht wieder verpresst werden."

Vor dem Hintergrund dessen, dass

- der Grüne Umweltminister Niedersachsens zur gleichen Zeit das Verpressen von Lagerstättenwasser als „Stand der Technik" rechtfertigt,
- in Niedersachsen unter Rot-Grün die bisherige Genehmigungspraxis fortgeführt wird, obwohl der Koalitionsvertrag eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung und eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung vorsieht,
- der Grüne Umweltminister Schleswig Holsteins (rechtswidrig die Gemeinden nicht einbeziehend) Aufsuchungserlaubnisse für Fracking zulässt, während die CDU Ministerin in Hessen bei einem vergleichbaren Verfahren die Gemeinden und Öffentlichkeit einbezog und erreichte, dass die Erlaubnis versagt wurde: **http://www.frackingfreieshessen.de/index.php?page=Thread&threadID=395**
- Die Grünen im Bundestagsantrag nach Forschung aus Steuermitteln für Fracking forderten,
- dieses die Menschen bewegende Fracking-Thema in nur 5 Zeilen des 319 Seiten Grünen-Wahlprogramms abgehandelt wurde,

fehlt uns das notwendige Vertrauen in die Entschiedenheit Ihrer Partei, Fracking verbieten zu wollen.
Wir brauchen, um Vertrauen in eine geänderte Position der Grünen zu gewinnen die verlässliche Zusicherung, dass Sie ausdrücklich und unmissverständlich ein Fracking-Verbot auch des „Green" Frackings fordern und damit dem Motto Ihrer Wahlkampftour gerecht werden.

Für unsere Grünen-skeptische Haltung werden wir von einigen Parteimitgliedern vor Ort, die engagiert mit uns gegen Fracking kämpfen, gerügt. Sie behaupten, dass nun die Wahlaussagen der Grünen für ein Fracking Verbot stehen.

Wenn das so ist und auch die Grünen Fracking wirklich verbieten wollen, bitten wir dringend um kurze **Antworten auf folgende Fragen:**

1. Werden die Spitzenkandidaten der Grünen diese Verbotsforderung gegenüber dem „Green"-Fracking vor der Wahl öffentlichkeitswirksam erklären?
2. Werden die Grünen sich ebenso nach der Wahl verlässlich für ein Verbot auch von „Green"-Fracking einsetzen?
3. Wird B90/Die Grünen die Korbacher Resolution unterstützen?*
   http://www.resolution-korbach.org/pages/korbacher-resolution/deutsch.php

Die umweltbelastende Risikotechnik Fracking wird von den Wählerinnen und Wählern mit der gleichen Entschiedenheit abgelehnt wie die Nutzung der Atomenergie.

Dieser Haltung der meisten BürgerInnen können die Grünen mit einer klaren Verbotsforderung entsprechen.

Wir würden gerne sagen können: Auch die Grünen sind in Hinblick auf ein vollständiges Fracking-Verbot unsere Verbündeten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Henner Gröschner

i.A. **Bürgerinitiative Fracking freies Hessen**

Die folgenden Anti-Fracking-Gruppen schließen sich diesem Brief vollinhaltlich an:

- **Aktionsbündnis No Fracking Mülheim an der Ruhr**
- **Interessengemeinschaft Fracking-freies Artland e.V., Quakenbrück (Niedersachsen)**
- **BI Gemeinsam gegen Gas- und Probebohrungen am Niederrhein, Rees (NRW)**
- **IG Gegen Gasbohren Hamminkeln/Niederrhein**
- **IG gegen Gasbohren aus Nordwalde**
- **BI für ein lebenswertes Korbach**
- **BUND Pfullendorf**
- **NO Fracking Bodensee-Oberschwaben**
- **BUND Landesverband Hessen**
- **Bürgerinitiative Fahner Höhe**
- **BI FrackingFreies Hamburg**
- **BI FrackingFreies Hamburg-Harburg**
- **Die BI Isselburg21 e.V.**
- **IG gegen Fracking in Schleswig - Holstein**
- **Berliner Wassertisch c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.**
- **Bürgerinitiative Langbürgnersee**
- **BI-Frackloses Gasbohren im Lk Rotenburg/W.**
- **BI Kein Fracking in der Heide**
- **BI Wir gegen Facking - Lüneburg**

*Die BI hat politische Gruppierungen gebeten, die Korbacher Resolution zu unterstützen.
Von manchen der Angesprochenen wurde erklärt, dass eine Mitunterzeichnung nicht möglich ist, weil bestehende Handelsabkommen dem in der Resolution geforderten Importverbot für Frackinggas entgegenstehen.
Mit diesem Argument setzt sich folgende Stellungnahme auseinander:

Der Verweis auf bestehende Handelsabkommen im Zusammenhang mit dieser Thematik ist nicht nachvollziehbar. Bei der Einfuhr anderer Produkte müssen auch europäische und deutsche Standards sowie Schutznormen von den Lieferanten erfüllt werden. Und auch sämtliche Handelsabkommen müssen dem Vorsorgeprinzip, welches unter anderem in Art. 191 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert ist, besondere Rechnung tragen.
Das Vorsorgeprinzip ist selbst in den Fällen anwendbar, in denen die wissenschaftlichen Beweise nicht ausreichen, bzw. keine eindeutigen Schlüsse zulassen oder unklar sind, in denen jedoch aufgrund einer vorläufigen und objektiven wissenschaftlichen Risikobewertung begründeter Anlass zu der Besorgnis besteht, dass die Folgen für die Umwelt und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen mit dem hohen Schutzniveau der Gemeinschaft unvereinbar sein könnten1.
Insofern sind Handelsabkommen, die einem der zentralen Prinzipien der Europäischen Union keine Beachtung schenken nicht als gültig sondern als nichtig zu bezeichnen.

Die politischen Gruppierungen müssten sich insofern wenigstens zu dem politischen Ziel bekennen, die bisherige Handhabung und Auffassung zur Gültigkeit solcher Handelsabkommen, verändern zu wollen.